



520 Jugendliche aus der Stadt St. Gallen besuchen eines der drei Flade-Schulhäuser – im Bild die Meitleflade im Gallusschulhaus.

Bild: Urs Bucher

Wird die Flade zur Privatschule?

Der Kanton überarbeitet das Volksschulgesetz und rüttelt am Sonderstatus der Flade. Die Flade-Schulpräsidentin kündigt Widerstand an.

Christina Weder

Kaum ist eine Herausforderung gemeistert, steht die nächste an. So scheint es im Fall der Flade. Es ist gerade einmal fünf Jahre her, dass sich die Oberstufenschule neu aufgestellt hat. Seit 2019 können sich alle städtischen Sechstklässlerinnen und Sechstklässler für die Katholische Kantonssekundarschule anmelden – egal ob konfessionslos, evangelisch oder muslimisch, egal ob Sek oder Real. Im Gegenzug übernimmt die Stadt das Schulgeld für die städtischen Schülerinnen und Schüler.

Vor wenigen Wochen zog Schulpräsidentin Barbara Hächler gegenüber dem «St. Galler Tagblatt» eine positive Bilanz: Die Flade sei auf Kurs, die Neuausrichtung geglückt. Doch nun braut sich über der Flade erneut etwas zusammen. Der Grund: Der Kanton St. Gallen will am Sonderstatus der Schule rütteln. Dieser ist im Volksschulgesetz des Kantons St. Gallen mit einem eigenen Artikel geregelt. Darin heisst es, dass der Katholische Konfessionsteil als Oberstufenschulgemeinde in der politischen Gemeinde St. Gallen eine Sekundarschule und eine Realschule führen dürfe.

Genau diesen Artikel will der Kanton im Rahmen der Totalrevision des Volksschulgesetzes aus dem Gesetz kippen. Das geht aus dem Zwischenbericht hervor, den das kantonale Bildungsdepartement vor kurzem veröffentlicht hat. Darin heisst es: «Der Sonderstatus der Flade

soll aufgehoben werden. Die Flade würde damit zur Privatschule und hätte den gleichen Status wie andere kirchlich getragene Schulen im Kanton, zum Beispiel die Maitlisek in Gossau oder das Kathi in Wil.»

Warum der Sonderstatus infrage gestellt wird

Doch warum soll der Sonderstatus der Flade aufgehoben werden? Roger Trösch, stellvertretender Generalsekretär des kantonalen Bildungsdepartements und Projektleiter der Totalrevision des Volksschulgesetzes, sagt auf Anfrage: Die Flade sei die einzige Schule mit dieser Sonderregelung. Das führe zur kantonsweit einmaligen Situation, dass sich auf dem Platz St. Gallen zwei öffentlich-rechtliche Volksschulträger, die Stadt St. Gallen und der Katholische Konfessionsteil, gegenüberstünden. Beide verfolgen denselben Zweck und überlagern sich geografisch. Eine komplexe Konstellation, wie Trösch meint.

«Diese Sonderregelung erschien den involvierten Projektgremien als prüfenswert», sagt er. Schliesslich sei es das Ziel der Totalrevision, das über vierzig Jahre alte Volksschulgesetz zu entschlacken und darin enthaltene Sonderfälle zu hinterfragen.

Definitiv entschieden ist noch nichts. Gemäss Trösch handelt es sich um eine erste Grundhaltung der Projektbeteiligten. Ob sich diese konkretisieren lasse, werde sich bei der Formulierung des Gesetzesent-

wurfs zeigen. Bis dahin wird es noch dauern. Das neue Volksschulgesetz tritt frühestens 2027 in Kraft. Dennoch: Der Zwischenbericht klingt unmissverständlich. Bezüglich der Führung der Flade bestehe Einigkeit, heisst es vonseiten der Involvierten.

Was für die Flade auf dem Spiel steht

Flade-Schulpräsidentin Barbara Hächler ist denn auch alarmiert. Auf Anfrage stellt sie klar: Eine entsprechende Gesetzesänderung sei nicht im Sinne des Katholischen Konfessionsteils. Hächler kündigt an, man werde sich dagegen wehren. Der Sonderstatus sei historisch begründet, die Flade stehe in der Tradition der Klosterschule. Die Vereinbarung mit der Stadt, die seit 2019 in Kraft ist, funktioniere gut. Aus ihrer Sicht gebe es keinen Grund, etwas daran zu ändern.

Für die Flade steht viel auf dem Spiel. Würde sie in eine Privatschule umgewandelt, hätte dies laut Hächler weitreichende Konsequenzen: «Letztlich könnte es das Ende unserer Schule bedeuten.» Insbesondere die Finanzierung wäre erneut infrage gestellt. Dabei haben der Katholische Konfessionsteil und die Stadt diese erst vor wenigen Jahren in zähen Verhandlungen neu geregelt. Diese waren nötig, nachdem der Kanton 2014 aus der Finanzierung der Flade ausgestiegen war. Würde die Flade ihren Status als öffentliche Schule verlieren, müsste von neuem

verhandelt werden, sagt Hächler. Als Privatschule würde die Flade die Legitimation verlieren, mit Steuergeldern finanziert zu werden. «Es wäre fraglich, ob die Stadt die Flade in diesem Fall weiter mitfinanzieren würde.»

Im Kanton gibt es zwei Beispiele von kirchlich geführten Privatschulen: die Maitlisek in Gossau und die Mädchenschule St. Katharina in Wil. Im Fall des «Kathi» liegt nach langen Kontroversen seit wenigen Tagen ein neuer Vertrag mit der Stadt Wil vor. Noch immer ist aber

eine Beschwerde vor Bundesgericht hängig. Dieses muss unter anderem darüber befinden, ob die gängige Praxis rechtens sei, dass für die Privatschule Steuergelder verwendet werden.

Kirchliche Aufgaben ins Private abschieben

Für Projektleiter Roger Trösch ist klar: Im Rahmen der Totalrevision gilt es, das in die Jahre gekommene Volksschulgesetz an die heutige Zeit anzupassen. Für die Kantonsregierung heisst das auch, das Verhältnis von Kirche und Staat neu auszuloten. Sie

stellt in diesem Zusammenhang neben der Regelung der Flade zwei weitere Themen zur Diskussion: Soll in der Volksschule an christlichen Grundsätzen festgehalten werden? Und soll der kirchliche Religionsunterricht beibehalten werden? Die erste Frage beantworten die beteiligten Projektgremien mit Ja; bei der zweiten sind sie sich uneinig.

Für Flade-Schulpräsidentin Barbara Hächler geht es bei diesen Fragen nicht nur um die Zukunft der Flade, sondern um Grundsätzliches, wie sie sagt. Die Kantonsregierung stelle erstmals den öffentlichen Status der Landeskirchen infrage – und trage die Debatte darüber auf dem Buckel der Flade und des kirchlichen Religionsunterrichts aus. Diese wichtigen bildungspolitischen kirchlichen Engagements drohten, in den Privatbereich abgeschoben zu werden, sagt sie. «Das kann man als Angriff auf die Landeskirchen verstehen.»

Laut Hächler werden sich das Bistum und der Katholische Konfessionsteil zusammen mit der Evangelisch-Reformierten Landeskirche gegen die «Verbannung» der Flade und des Religionsunterrichts wehren. Man habe bereits eine entsprechende Gruppe gebildet. Noch stehe man am Anfang. Doch es sei abzusehen: «Diese Themen werden uns noch Jahre beschäftigen.» Was dabei herauskommt, ist derzeit offen. Laut Projektleiter Roger Trösch geht der politische Diskurs darüber erst los.

«Letztlich könnte es das Ende unserer Schule bedeuten.»



Barbara Hächler
Schulpräsidentin
Flade

«Die Flade ist die einzige Schule mit dieser Sonderregelung.»



Roger Trösch
Projektleiter Totalrevision
des Volksschulgesetzes